



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

Interview der Reichsbanner-Zeitung mit Ortwin Runde, 1. Bürgermeister von Hamburg



Ortwin Runde, 1. Bürgermeister von Hamburg

Vor nicht allzulanger Zeit haben die Arbeitgeberverbände und auch die Bundesregierung uns Bundesbürgern Japan als leuchtendes Beispiel hingestellt, so nach dem Motto: Von Japan lernen heißt siegen lernen. Davon kann heute keine Rede mehr sein.

Ist damals der Wirtschaftsstandort Deutschland von den Unternehmern bewußt schlecht geredet worden, um zum Beispiel die Lohnforderungen der Gewerkschaften klein zu halten?

Nun, diesen Verdacht kann man hegen, ohne dafür geprügelt zu werden. Das damalige Gerede zeigt aber auch, wie kurzfristiges Denken der Wirtschaft selbst schaden kann, und dieser Aspekt wird leider oft unter den Tisch gekehrt. Heute kehren viele deutsche Firmen mit schlechten Auslandserfahrungen zu uns zurück. Oft genug sind ihnen dann aber die qualifiziertesten Mitarbeiter weggelaufen - und die bekommen sie nun nicht

mehr. Wir müssen uns auf unsere Stärken konzentrieren und diese Stärken ausbauen. Dann werden wir im globalen Wettbewerb bestehen.

Die Bundesregierung ist der Ansicht, daß unsere Konjunktur bereits angesprungen ist. Das trifft, wenn überhaupt, nur auf unseren Außenhandel zu, denn die Binnennachfrage läßt seit sieben Jahren sehr zu wünschen übrig.

Haben die Gewerkschaften mit ihrer Forderung nach höheren Tarifabschlüssen recht, damit auch die Binnennachfrage angekurbelt wird?

Die Binnennachfrage muß durch ein ganzes Bündel von Maßnahmen angekurbelt werden. Dazu gehören auch - aber maßvoll - höhere Löhne und Gehälter. Wir setzen aber auch auf niedrige Eingangssteuersätze für alle. Mit dieser Entlastung der Privathaushalte wie der Unternehmen wird die Binnennachfrage am ehesten angekurbelt. Im Gegenzug werden Steuergestaltungsmöglichkeiten, die dazu geführt haben, daß die Steuereinnahmen drastisch - bei der Einkommenssteuer um 90 Prozent - zurückgegangen sind, gestoppt.

Ich bin der Ansicht, daß kein Wirtschaftsinstitut zuverlässige Konjunkturvoraussagen treffen kann. Wir sind ein Ausfuhrland und unsere Lieferungen in das Ausland erreichen Rekordwerte, weil der Dollar zur Zeit stark ist. Wird der Dollar wieder schwach und steigt der Ölpreis erheblich, werden die Ausfuhren zurückgehen, und die Konjunktur lahmt. Sehen Sie eine Möglichkeit, einen festen Wechselkurs zum Dollar herzustellen (was früher der Fall war) und insbesondere auch den Devisenspekulanten das Handwerk zu legen?

Ich setze vor allem auf die Einführung des Euro. Hier wird innereuropäisch die einheitliche Valuta zu einem starken Instrument gegenüber dem Dollar. Heute werden täglich x-Milliarden über die Weltfinanzmärkte virtuell bewegt. Das kann, wie in Südostasien, ganze Volkswirtschaften kippen und Nationen ruinieren. Hier muß ein Riegel her.

Die Mehrzahl der sogenannten Wirtschaftsweisen hat noch vor zwei Jahren behauptet, daß der ECU mit

Spanien, Italien usw. Eine schwache Währung wird und der Dollar dann umso stärker. Heute wird von den Wirtschaftsweisen das Gegenteil behauptet. Ist auf Voraussagen der Wirtschaftsinstitute überhaupt noch Verlaß, und wer finanziert sie?

Gutachter heißen, so sagt man, manchmal so, weil man auf sie gut achten muß. Aber Spaß beiseite. Die Kompetenz der Wirtschaftsforschungsinstitute, von denen wir auch im Norden einige haben, steigt mit ihrer Unabhängigkeit. Wir haben stets auf Staatsferne geachtet. Das kann ich anderen auch raten.

Seit ihrer Wahl zum 1. Bürgermeister von Hamburg scheint die Regierungsarbeit der rot-grünen Koalition fast reibungslos zu verlaufen, denn in überregionalen Zeitungen wird über keine Differenzen berichtet. Verläuft die Zusammenarbeit der Koalition wirklich so reibungslos, oder will man sich vor den Bundestagswahlen keine Blöße geben?

Das hat mit den Bundestagswahlen erkennbar nichts zu tun. Wir haben eine belastbare Koalitionsvereinbarung, in der alle wesentlichen früheren Streitpunkte der SPD mit den Grünen ergebnisorientiert präsentiert werden: Fahrinnenanpassung der Elbe für die größten Containerschiffe, Ausbau des Hafens, Platz für den Ausbau des Airbus-Werkes zur Produktion des A3XX, ein umfassendes Konsolidierungs- und Sanierungsprogramm für den Landeshaushalt sind nur einige Beispiele dafür. Wesentliche Konfliktpunkte sind somit ausgeräumt. Im nun gerade auslaufenden ersten Jahr nach der Bürgerschaftswahl haben wir geräuschlos, aber erfolgreich gewirkt. Schlagzeilen sind ja meist negativ - es ist kein schlechtes Zeichen für eine Koalition, wenn einem solche Erscheinungen erspart bleiben. Und ich bin der Überzeugung, daß wir die anderen Punkte der Koalitionsvereinbarung konsequent abarbeiten werden.

In der Bevölkerung wird zunehmend die Ansicht vertreten, daß die Grünen auf Bundesebene nicht regierungsfähig sind. Kein Fettnäpfchen wird ausgelassen, um hineinzutreten. So ist die Forderung von Frau Müller geradezu idiotisch, wegen Unmenschlichkeit gegenüber Schwerverbrechern die lebenslange Freiheitsstrafe in eine zeitige von 12 - 15 Jahren umzuwandeln. Wie unmenschlich manche Schwerverbrecher und die Mafia ihre Opfer behandeln, Kleinkinder grausam gequält werden usw., darüber verschwendet Frau Müller keine Gedanken. Wer kann mit so einer Partei eine Koalition eingehen?

Nun darf man die Einzelmeinung im Zweifel nicht mit dem dann umzusetzenden Regierungsprogramm verwechseln. Das gilt für alle Parteien und unabhängig vom Thema. Ich kenne eine ganze Reihe weiterer Grüne-Positionen, die auf Bundesebene schon Zweifel an der Regierungsfähigkeit aufkommen lassen können. Regierung will ja gelernt sein, und da müssen manche dann wohl noch erst einmal ein bißchen üben. Die Probleme übrigens, das habe ich schon immer gesagt, liegen nicht im Ankündigen und in den dicken Themen, sondern im nur scheinbar drögen Regierungsalltag. Aber: Es gibt ja uns Sozialdemokraten. Je stärker wir am 27. September

abschneiden, desto besser werden wir uns durchsetzen können.

Ist in Hamburg das Kapitel Hafenstraße endgültig vom Tisch?

In Metropolen fokussieren sich die sozialen Probleme. Und sie wachsen sich aus. Man muß lernen, damit umzugehen. Vor ihnen die Augen zu verschließen, hilft ebenso wenig wie eine einfache Lösung. Wir haben die Szene in der Hafenstraße in einem zugegebenen mühsamen Prozeß befriedet, und auch die Bewohner sind friedlich.

Wie steht Hamburg als Geberland zum Länderfinanzausgleich?

Hamburg gibt jedes Jahr 400 Millionen Mark in den Länderfinanzausgleich. Das tut weh, das Geld hätten wir gerne auch bei uns eingesetzt. Doch Hamburg hat sich nie der Solidarität entzogen, will, daß strukturelle Unebenheiten geglättet werden. Deswegen ist es auch ein Unding, daß Baden-Württemberg und Bayern nun gegen den Ausgleich klagen. Bayern hat Jahrzehnte lang so stark vom Ausgleich profitiert, daß manche Münchner Ausfallstraße nach Hamburger Bürgermeistern und Senatoren benannt werden mußte. Nur, weil Bayern seit der Wende zum Geberland geworden ist, will es sich jetzt aus der Solidarität der Länder verabschieden. Das muß verhindert werden.

Was tut Hamburg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit?

Um alle Maßnahmen aufzuzählen, reicht der Platz nicht. Wir haben uns positiv vom Bundestrend abgekoppelt: Hamburgs Wachstum steigt im Bundesvergleich überproportional - auch ein Ergebnis der Struktur- und Arbeitsmarktpolitik des Landes. Unsere Modelle sind so erfolgreich, daß Bonn sie schon mal nachahmt. Wir haben uns in den vergangenen Monaten besonders erfolgreich um Schulabgänger und junge Arbeitslose gekümmert, dafür Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter zusammengebracht, und wir haben massiv gepowert, um industrielle Arbeitsplätze zu sichern und neue zu erhalten: Im Werftbereich, im Maschinenbau, im Flugzeugbau.

Wird in Hamburg ein weiterer Elbtunnel gebaut?

Die vierte Röhre ist im Bau. In zwei, drei Jahren werden die Autos fahren können.

Das Interview führte Hans Bonkas mit dem 1. Bürgermeister im Gästehaus des Senats.

Artikel von Hans Eichel für das Reichsbanner

SPD wird Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wiederherstellen

Der deutsche Arbeitsmarkt ist in Unordnung geraten. Sozialdumping, illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit untergraben die sozialen Sicherungssysteme, reißen legal arbeitende Unternehmen in den Ruin und höhlen das Tarifsysteem aus. Nach Schätzungen von Forschungsinstituten werden allein zehn bis fünfzehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (bis zu 500 Milliarden Mark) auf dem Grauen und Schwarzen Markt erwirtschaftet.

Illegale Arbeitnehmerüberlassung kommt hauptsächlich in den Wirtschaftszweigen und Unternehmen vor, in denen Subunternehmen eingesetzt werden können. Dementsprechend liegt der Schwerpunkt im Bauhaupt- und Baunebengewerbe; dort zeigen sich die fatalen Auswirkungen dieser Entwicklung besonders. Das Bauvolumen in Deutschland müßte die etwa 70.000 Baubetriebe mit etwa 1,5 Millionen Arbeitnehmern eigentlich sichern können. Die Realität ist aber eine andere. Erschreckende Unternehmensinsolvenzen - 1996 ca. 5.000 - und Rekordarbeitslosigkeit - im Dezember 1997 beispielsweise rund 290.000 Arbeitslose -, massive Verstöße gegen zwingende Tarifverträge, Verstöße gegen Arbeitnehmerschutzgesetze und Umgehung arbeitsschutzrechtlicher Normen sind die tägliche Wirklichkeit. Die IG BAU schätzt die illegale Beschäftigung am Bau auf rund 400.000 Arbeitnehmer. Verantwortlich für die schwierige Situation in der Baubranche ist sicherlich auch der gewaltige Umstrukturierungsprozeß und ein enormer Wettbewerbsdruck durch Anbieter aus dem Ausland.

Eine weitere Gefährdung in der Baubranche liegt in dem Sozialdumping im Gefolge der Entsendung von Arbeitnehmern aus den EU-Staaten und den Ländern aus Mittel-Ost-Europa; der illegalen Beschäftigung und Schwarzarbeit aus diesem Umfeld muß mit allen gesetzlichen Instrumentarien entgegengetreten werden, um den Strukturwandel sozial verträglich zu gestalten. Die Praktiken des Sozialdumpings und die illegalen Aktivitäten zerstören nicht nur die Tarifautonomie und die Unternehmensstrukturen beziehungsweise die Arbeitsplätze, sondern höhlen auch unsere Gesellschaftsordnung aus und gefährden letztlich die Demokratie.

Die SPD will diesen Entwicklungen, deren Erscheinungsformen in vielen Branchen erkennbar sind, in der Baubranche besonders, wirkungsvoll entgegenzutreten. Dazu hat das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ein Aktionsprogramm beschlossen, in dem unter anderem folgende Maßnahmen vorgesehen sind:

1. Wirksame Bekämpfung von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit am Bau

Die SPD wird schärfere Sanktionen durchsetzen, die bessere Zusammenarbeit der verschiedenen Verfolgungsbehörden organisieren, strukturelle Verbesserungen bei den Verfolgungseinrichtungen veranlassen und eine Erweiterung der Rechts- und Amtshilfe der EU-Länder und mit den mittel- und osteuropäischen Staaten anstreben. Zu diesem Bündel an Maßnahmen gehören:

- Erhöhung der Bußgelder bei illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit auf bis zu einer Million Mark; in diesem Zusammenhang sind auch die Möglichkeiten der Vollstreckung über Grenzen hinweg zu verbessern.

- Stärkung der Rechtsstellung der Bundesanstalt für Arbeit als bedeutendster Behörde bei der Bekämpfung illegaler Beschäftigung, beispielsweise dadurch, daß die Arbeitsverwaltung direkt - wie die Finanzbehörden - Strafbefehle beantragen kann.

- Haftung der Generalunternehmer für Sozialversicherungsbeiträge, Steuern, Sozialkassenbeiträge und den tariflichen Mindestlohn bei illegal agierenden Subunternehmen. Gerade die Erfahrungen in den Niederlanden und in Österreich haben gezeigt, daß eine solche Haftungsverschärfung die „Selbstreinigungskräfte“ bei den Bauunternehmen freisetzen und die Bereitschaft, freiwillig mit den Kontrollbehörden zusammenzuarbeiten.

- Verbesserung der Zusammenarbeit der Verfolgungsbehörden; diese müssen personell und sachlich so gestellt werden, daß sie ihren Aufgaben effektiv nachkommen können. Dabei muß versucht werden, Aufgaben auf weniger Behörden zu konzentrieren.

- Strafvverschärfung bei illegaler Ausländerbeschäftigung und bei wiederholter Ordnungswidrigkeit. Illegale Beschäftigung darf nicht länger als Kavaliersdelikt wie etwa das Falschparken angesehen werden. Auch wer bis zu fünf illegale ausländische Arbeitnehmer lediglich bis 30 Tage lang beschäftigt, muß in Zukunft mit einer Strafanzeige rechnen.

- Die Ausbreitung der sogenannten Scheinselbständigkeit - hier gehen allein rund vier Milliarden Mark den Rentenversicherungsträgern verloren - als einer der Formen illegaler Beschäftigung nicht nur am Bau, muß wirksamer als bisher bekämpft werden; hierzu liegen Initiativen der Länder Hessen und Nordrhein-Westfalen sowie der Bundestagsfraktion vor, die bei Vorliegen bestimmter Kriterien eine widerlegbare Vermutung für ein abhängiges Beschäftigungsverhältnis vorsieht. Das Ausflaggen aus den Sozialversicherungssystemen würde so wesentlich erschwert.

2. Bekämpfung des Sozialdumpings bei grenzüberschreitender Entsendung von Arbeitnehmern am Bau

Im Zuge der Verwirklichung des Binnenmarktes erbringen immer mehr Bauunternehmen aus andern EU-Mitgliedstaaten Dienstleistungen in der Bundesrepublik. Durch die legale Entsendung von Arbeitnehmern sind rechtlich und faktisch gespaltene Arbeitsmärkte entstanden. Die Folgen sind enorme Wettbewerbsverzerrungen, die Gefährdung unserer Tarifautonomie und die Zunahme sozialer Spannungen.

Die Entsendung von Arbeitnehmern aus mittel- und osteuropäischen Staaten ist zwar auf knapp über 30.000 Bauarbeiter in Deutschland im Jahresdurchschnitt begrenzt worden, gefährdet aber die verbliebenen Arbeitsplätze heimischer Arbeitnehmer in großem Umfang. Solange die Werkvertragsabkommen nicht gekündigt sind, müssen die Betriebe aus diesen Staaten im Baugewerbe in sämtliche Kontroll- und Erfassungsregelungen der Arbeitnehmer einbezogen werden.

Auch bei Arbeitnehmern aus EU-Staaten wird in großem Umfang Sozialdumping betrieben. Die oben genannten Maßnahmen sollen auch hier greifen. Darüber hinaus sehen die Sozialdemokraten folgenden dringenden Regelungsbedarf:

- Sozialversicherungsbeiträge sind entweder ins heimische oder in unser nationales System zu zahlen; die derzeit feststellbare Praxis, daß massenweise beides nicht geschieht, ist durch eine EU-weite Kooperation aller Kontrollbehörden zu beseitigen.

- Die Erfassung der EU-Baubetriebe und der von ihnen entsandten Arbeitnehmer muß verbessert werden.

- Zur wirksamen Bekämpfung illegaler Beschäftigung und des Sozialdumpings, zur Information und Beratung von Unternehmern und Arbeitnehmern soll ein Europäisches Institut für die Entsendung von Arbeitnehmern errichtet beziehungsweise diese Aufgabe der European Foundation for the Improvement of Living and working Conditions in Dublin übertragen werden.

- Über die im Arbeitnehmer-Entsendegesetz vorgesehene Allgemeinverbindlichkeitserklärung in Zusammenhang mit dem Mindestlohn-Tarifvertrag soll bei einem Patt im Tarifausschuß nicht mehr - wie derzeit - letztlich die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), sondern der Bundesarbeitsminister entscheiden.

- Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz muß ohne zeitliche Befristung über den 1. September 1999 hinaus gelten.

- Im Falle des Eintritts von mittel- und osteuropäischen Staaten in die EU sind zeitliche Einschränkungen der Dienstleistungsfreiheit vorzusehen, um negative Folgen für den Arbeitsmarkt durch den absehbaren Verdrängungswettbewerb sozial abzufedern.

Mehr als 40 Jahre hat die Tarifautonomie in Deutschland dafür gesorgt, daß sich in der Bauwirtschaft ein fairer Wettbewerb zwischen kleinen, mittelständischen

und Großbetrieben entwickeln konnte, mit leistungsstarken Betrieben. Daran geknüpft sind Einkommen und soziale Sicherheit der Arbeitnehmer, qualifizierte Berufsausbildung und sich kontinuierlich verbessernde Produktivität. All dies ist gefährdet, seitdem Lohn- und Sozialdumping Tür und Tor geöffnet sind. Für viele Betriebe bedeutet dies die Gefahr des Vernichtungswettbewerbs.

Die Sozialdemokraten wollen dies nicht und werden alles tun, um die Ordnung auf dem Arbeitsmarkt wiederherzustellen.

**Hans Eichel, Hessischer Ministerpräsident, leitete die Arbeitsgruppe des SPD-Präsidiums, die ein „Aktionsprogramm zur wirksamen Bekämpfung von Sozialdumping, illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit am Bau“ erarbeitete.*

Mitteilungen

Martin Niggeschmidt vom Norddeutschen Fernsehen recherchiert für einen Fernsehfilm zum Thema „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“.

Er hat von mir dazu die gewünschten Unterlagen erhalten.

Frau Dr. Beatrix Herlemann bereitet zur Zeit eine Ausstellung im Landtag von Sachsen-Anhalt zum 75. Gründungstag des Reichsbanners vor. Auch hier hat sie von mir alte Dokumente erhalten.

Hans Bonkas

Das Reichsbanner
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

Erscheint seit 1924

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 10,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann-Nold, Ahornstraße 30, 65933 Frankfurt 80.

Redaktion und Pressesprecher: Alexander Matwejew (presserechtlich verantwortlich), Hans Bonkas (stellv. Pressereferent).
Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60327 Frankfurt am Main.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

Seminar in Dresden

Gemeinsam mit dem Landesbeauftragten für Stasiangelegenheiten in Sachsen, Siegmund Faust, und mit Unterstützung von Justizminister Steffen Heitmann und der Friedrich Ebert Stiftung haben wir vom 24.6. - 28.6.98 ein Seminar in Dresden durchgeführt. An dem Seminar haben 32 Auszubildende der Frankfurter Flughafen AG und 15 Zeitzeugen der Nazi- und SED-Diktaturen teilgenommen. Besonders beeindruckt hat die Teilnehmer/innen die Diskussion mit Justizminister Heitmann über die Zeit kurz vor der Wende und das Gespräch mit Siegmund Faust über seine Erfahrungen mit dem SED-Regime. Sehr gut gefallen hat auch die Besichtigung der Hellerauer Werkstätten und die anschließende Fahrt nach Bautzen. Hier durften wir durch Vermittlung von Minister Heitmann das „Gelbe Elend“, die Strafanstalt, besuchen. Es war das erste Mal für fast alle Teilnehmer/innen, ein Gefängnis von innen zu sehen. Beeindruck-

kend war dann von Ministerialdirektor a.D., Hermann Kreutzer, zu hören, wie mit den politischen Gefangenen seitens der Stasi umgesprungen wurde. Viele haben die Haftzeit nicht überlebt.

Ein bleibendes Erlebnis war auch für alle Teilnehmer/innen die Veranstaltung mit Johannes Rau und Dr. Hans-Jochen Vogel zu dem Thema „Geht es auch anders“. Besonders dankbar waren die jungen Menschen, daß sich Johannes Rau und Dr. Jochen Vogel zu einem Fototermin bereitfanden.

Auch die Kultur kam bei dem Seminar nicht zu kurz. Die Semper-Oper wurde besichtigt und in Deutschlands schönster Freilichtbühne in Rathen der Sommernachts Traum besucht.

Hans Bonkas



Johannes Rau auf dem Seminar in Dresden inmitten von Seminarteilnehmern



Ein kleines Lächeln kann viel bewegen.

Der Flughafen Frankfurt ist groß: nach Passagieren die Nummer zwei und im Luftfrachtverkehr sogar die Nummer eins in Europa. Aber Größe ist auch im Zeitalter der Globalisierung nicht alles. Deshalb freut es uns besonders, wenn wir bei Umfragen der internationalen Presse nach den servicefreundlichsten Flughäfen der Welt regelmäßig auf den vordersten Plätzen landen. Unser Airport hat viele Gesichter: Luftverkehrskreuz, Nahtstelle der Verkehrssysteme, Marktplatz und Ort interkultureller Begegnung. Und die größte Arbeitsstätte Deutsch-

lands. Hier sind über 52.000 Menschen tätig, von denen mehr als 12.000 für die Flughafengesellschaft arbeiten. Jeder einzelne von ihnen trägt dazu bei, daß unser Service weltweit einen ausgezeichneten Ruf genießt. Denn die Qualität eines Unternehmens hängt von seinen Mitarbeitern ab. Und nicht von seiner Größe.

Flughafen
Frankfurt Main

Service zwischen Himmel und Erde